

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/218

13. November 1973

Deutsche Mark für die UNO

Fakten und Überlegungen zu einem aktuellen
Thema

Von Dr. Ulrich Dübber MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundes-
tages

Seite 1 und 2 / 61 Zeilen

Sind wir Fußabstreifer der Nation?

MdBs setzen sich gegen Unterstellungen zur
Wehr

Von Richard Müller/Bayreuth
Mitglied der SPD-Fraktion des Deutschen
Bundestages

Seite 3 und 4 / 80 Zeilen

Schlag nach bei Carstens!

Der Buchautor im Widerstreit mit dem Fraktions-
vorsitzenden

Seite 5 bis 7 / 121 Zeilen

Deutsche Mark für die UNO

Fakten und Überlegungen zu einem aktuellen Thema

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Gegenüber früheren Krisen, über die im Hauptquartier der UN in New York verhandelt wurde, sind die Deutschen diesmal im Zeichen des Nahostkonflikts, näher und enger betroffen. Seit einigen Wochen sind beide deutsche Staaten Mitglieder der Weltorganisation und werden also in vielfältiger Weise engagiert sein. Die Regierungen in Bonn und in Ostberlin werden sich von nun an zu jedem Tagesordnungspunkt eine Meinung bilden müssen, der am East River zur Debatte steht.

Die Bundesrepublik, die seit vielen Jahren eine Beobachtermission bei den Vereinten Nationen unterhielt, hat sich auf dem Wege über die Finanzen bisher schon an den Arbeiten der Weltorganisation beteiligt. Für deren Unter- und Sonderorganisationen wie z.B. die UNESCO, das Weltkinderhilfswerk UNICEF und die Weltgesundheitsorganisation hat sie im letzten Jahr die beachtliche Summe von 428 Millionen DM ausgegeben.

Projekte, die in der einen oder anderen Weise die Länder der Dritten Welt betreffen, liegen an der Spitze. Für das Entwicklungsprogramm der UN zahlen wir 48 Millionen, für das Welternährungsprogramm 34 Millionen und für die Internationale Entwicklungsorganisation 235 Millionen DM. Die Rettung der Tempel in Philae stand mit einer Million DM zu Buch, und die Aktion "Sauberes Wasser für Bangladesch" mit 1,5 Millionen DM. Der Weltpostverein mit 181.000 und die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrtsorganisation mit 211.000 DM nehmen sich dagegen bescheiden aus.

Seit neuestem kommt der reguläre Mitgliedsbeitrag für die Vereinten Nationen selbst hinzu, der für 1974 mit 44 Millionen DM veranschlagt ist. Er wird nach Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl

errechnet und in einer Prozentzahl am Budget der Weltorganisation ausgedrückt, den die Weltorganisation jährlich beschließt.

Das mußte im Fall der Bundesrepublik Deutschland nicht erst neu geschehen, denn dieser prozentuale Anteil war für sie schon als Mitglied der Unterorganisation festgesetzt worden. Er betrug bis einschließlich 1973 die Zahl von 6,8 vH. des UN-Gesamtbudgets und es ist nunmehr vorgesehen, ihn von 1974 bis einschließlich 1976 auf 7,1 vH. zu erhöhen.

Nur noch drei andere Staaten zahlen damit mehr als wir, nämlich die USA (25 vH.), die Sowjetunion (12,97 vH.) und Japan (7,15 vH.). 131 weitere UN-Mitglieder zahlen weniger. Die DDR liegt mit einem Beitragsanteil von 1,22 vH. an 14. Stelle unmittelbar hinter den Niederlanden (1,24 vH.) und vor Indien (1,20 vH.).

Die UN-Friedenstruppe, die am Suezkanal steht, wird nicht aus dem normalen Haushalt bezahlt, sondern durch Extrazuweisungen der Mitglieder, wobei China bereits Zahlungen abgelehnt hat. Nach anfänglichem Zögern will sich die Sowjetunion beteiligen. Für die Aufteilung der Kosten findet der UN-Beitragsschlüssel Anwendung, so daß die Bundesrepublik Deutschland von den vorgesehenen 30 Millionen Dollar umgerechnet 5.145.000 DM und die DDR 911.400 Mark zu zahlen haben werden.

Schon jetzt beteiligt sich die Bundesrepublik an den Kosten der UN-Friedenstruppe in Zypern mit 2.855.000 DM jährlich. Ob wir uns auf lange Sicht nur mit Geld an solchen Missionen werden beteiligen können muß bedacht werden. Immerhin verpflichtet Artikel 43 der UN-Charta (!) alle Mitglieder, dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen. Sollte in einem späteren Konflikt tatsächlich die Aufforderung an uns ergehen, Soldaten in ein Krisengebiet zu entsenden, werden sich möglicherweise weder die Bundesrepublik noch die DDR diesem Verlangen entziehen können.

(-/13.11.1973/ks/ex)

+ + +

Sind wir Fußballstreifer der Nation?

MdBs setzen sich gegen Unterstellungen zur Wehr

Von Richard Müller/Bayreuth

Mitglied der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages

Wer würde in unserem Land noch Anstoß daran nehmen, wenn Banken, Versicherungskonzerne oder auch Verwaltungen ihre Sitzungssäle modernisieren, renovieren und deren Ausstattung den Bedürfnissen anpassen? Nur der Deutsche Bundestag sollte nach Auffassung sensationslüsterner Berichterstatter auch weiterhin mit dem bisherigen Provisorium leben. Einer von ihnen aus dem Bereich der Boulevardpresse, "der es angeblich genau wissen will, was am Rhein hinter den Kulissen gespielt wird", versuchte mit seiner Kritik am Umbau des SPD-Fraktionssitzungssaales den Steuerzahler zu mobilisieren. In dieser "objektiven" Beschreibung wird aber auch kein Trick unterlassen, um den Bürger mit entsprechenden Zahlenmanipulationen glauben zu machen, als hätten ja zugewonnenem Sitz 100.000 DM aufgewendet werden müssen. Dabei werden die notwendige Vergrößerung des Saales, die Verbesserung der Lichtverhältnisse und die Erneuerung der Klimaanlage als reiner Luxus gewertet.

Erhoffter Rückschluß bei naiven Lesern: 100.000 DM je MdB - Welch' ein Verbrechen! Zu dieser Tendenz würde aber keineswegs etwa die Mitteilung passen, daß die MdB's auch noch heute vom "Langen Eugen" über eine verkehrsreiche Straße bei jeder Witterung zum Plenarsaal oder den Fraktionssitzungssälen laufen müssen. Keine Anmerkung darüber, wie wichtig es im Interesse der Gesundheit unserer Abgeordneten wäre, auch einmal an den Bau eines bescheidenen Hallenschwimmbades zu denken!

Nun, wir MdB's sind es gewohnt, wenn gerade uns gewisse Journalisten aus billiger Effekthascherei und mit wenig Geistesaufwand zur besonderen Zielscheibe ihrer Angriffe machen. Niemand von uns möchte gern aus der "pro domo-Stellung" heraus reagieren. Die Fraktionsvorstände aller Parteien mahnen zur Bescheidenheit und Zurückhaltung in der trügerischen Hoffnung, diese Haltung könnte honoriert werden. Nach meiner jahrelangen parlamentarischen Erfahrung wird diese Abwehrmethode nur die Ansicht bestärken, das eigene schlechte Gewissen gebiete die Tugenden des Schweigens und der Enthaltensamkeit.

Es wird wohl wenige MdB's geben, die die Regelung ihrer Probleme nicht lieber einem neutralen Gremium übertragen oder einer Besteuerung ihrer Grunddiäten zustimmen würden. Einseitig gefärbten Berichterstattungen gegen uns ist es zu danken, daß heute in der Öffentlichkeit völlig falsche Vorstellungen über unsere Einkommensverhältnisse bestehen. Die Presse hat es bisher geschickt verstanden, zwar die Einzelposten unserer Aufwandsentschädigung zu veröffentlichen, dabei aber die Gegenüberstellung der mit der Mandatsausübung unabdingbaren, erheblichen Ausgaben zu unterlassen.

Die Abgeordneten haben als Politiker mit Nachdruck bisher jede berechnete Forderung nach Verkürzungen der Arbeitszeit unterstützt, obwohl ihre eigene die Rekordhöhe von 70 bis 80 Stunden erreicht hat, wenn man die umfangreiche Betreuungsarbeit in den einzelnen Wahlkreisen - oft in einer Ausdehnung von über 100 km Luftlinie - mit einbezieht: Eine Entfernung, die an vielen Abenden auch in Schlechtwettermonaten im eigenen Fahrzeug am Steuer zurückgelegt werden muß. Das alles zählt in der Publizistik nicht, wohl aber das Fehlverhalten oder Versagen Einzelner, das dann mit einem Pauschalurteil über alle bedacht wird. Und so werden auch bei der Würdigung der materiellen Lage der MdB's einige besonders gelagerte Ausnahmefälle als Vergleichsbeispiele für die Gesamtsituation in Anspruch genommen.

Gibt es wohl einen Berufsstand, der dem Streß, der Hektik, dem Nervenverschleiß so ausgesetzt wäre, wie der der Politiker? Unterliegt nicht auch er im besonderen dem Existenzkampf von Wahlperiode zu Wahlperiode, wobei der permanente Leistungsnachweis nicht nur in der eigenen Partei, sondern auch der Bevölkerung gegenüber erbracht werden muß?

Und wer will jenen Typ eines Abgeordneten, der sich mit entsprechenden Zuwendungen für erfolgreiche Interventionen über Wasser halten und damit seine Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit opfern müßte? Wieviele unserer Bürger haben schon die wertvolle persönliche Hilfe bei der Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber engstirnigem weltfremdem Denken einer manchmal auch engherzigen Bürokratie ihrer Abgeordneten in Anspruch nehmen können?

Wir alle sollten uns in unserem Lande der Meinungs- und Pressefreiheit erfreuen und sie nicht durch deren Mißbrauch in Frage stellen. Auch Journalisten sollten sich trotz allen Sensationshungers stets ihrer Verantwortung für die politische objektive Meinungsbildung bewußt sein. Gerade sie formen in der Bevölkerung und vor allem bei der Jugend entscheidend die Grundhaltung zum demokratischen Staat. Mit dauernder Kritik an unzulänglichen Details und mit gezielten Halbwahrheiten wird man dieser Aufgabe gewiß nicht gerecht.

Last not least: Eine Demokratie ist nur so viel wert, wie dem Volke das eigene Parlament und seine Abgeordneten wert sind!
(-/13.11.1973/bgy/ex)

+ + +

Schlag nach bei Carstens !

Der Buchautor im Widerstreit mit dem Fraktionsvorsitzenden

Wenn jemand wie der (Außen-, Verteidigungs- und Kanzleramts-) Staatssekretär a.D. Prof. Dr. Karl Carstens nach 20jähriger Tätigkeit "im Dienst der Bundesregierung" ein Buch mit dem Titel "Politische Führung" (Stuttgart 1971) geschrieben hat, ist es der Mühe wert, seine politische Praxis von heute und als CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender mit den von ihm selbst verkündeten Prinzipien zu vergleichen.

Der "politische Diplomat" (so "Welt"-Redaktionsdirektor Dr. Herbert Kremp) Carstens macht sich Sorgen über Indiskretionen als "eine der hervorstechendsten Eigenschaften des Bonner Regierungsapparates" und meint: "...darüber besteht für mich kein Zweifel: der Mangel an Diskretion, so wie er sich in der Bonner Regierungswelt eingebürgert hat, ist äußerst schädlich und sollte daher behoben werden" ("Politische Führung", S. 179, 181). Und: "In der Außenpolitik müssen streng vertrauliche Sondierungen und Beratungen möglich sein" (S.206).

Diese lobenswerten Feststellungen hindern ihn heute nicht daran, aus Indiskretionen nach Kräften politisches Kapital zu schlagen, wie z.B. aus der von der Nouhuys-Illustrierten "Quick" veröffentlichten "Fall"-Studie, die Egon Bahr 1968 als Planungschef des Auswärtigen Amtes angefertigt haben soll. Über Planung an sich hat sich Carstens übrigens auch Gedanken gemacht: "Planungsstäbe müssen unabhängig sein, jedenfalls in dem Sinne, daß niemand ihnen das Ergebnis ihrer Untersuchungen vorschreiben darf. Das bedeutet, daß der Planungsstab unter Umständen Projekte vorlegt, die den jeweils vorherrschenden Intentionen der Regierung in keiner Weise entsprechen" ("Politische Führung", S. 131).

Bemerkenswertes findet sich in Carstens Buch auch zum Verhältnis von Politik und Moral. Das verdient in Erinnerung gerufen zu werden, nachdem der Unions-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag am 13. September gesagt hatte, daß mit der Berufung auf das Prinzip der Nichteinmischung (im Fall Sacharow) der Bundeskanzler "ein Verständnis von Außenpolitik und internationalen Beziehungen bekundet, das seit 50 Jahren überwunden ist". In seinem Buch dagegen schreibt Carstens auf S. 23-24 u.a.: "...die Tatsache, daß sich unter den Anhängern der moralischen Schulen Heuchler befinden, ist natürlich kein Argument gegen die von ihnen vertretenen Grundsätze. Wer sie akzeptiert und bereit

ist, ihre Konsequenzen kompromißlos bis hin zu der physischen Vernichtung seiner selbst und seiner Angehörigen zu akzeptieren, muß unter moralischen Gesichtspunkten ernst genommen werden. Seine Rolle kann die eines Martyrers werden, dem wir in unseren Wertvorstellungen einen hohen Platz einräumen. Nur als politischer Führer eines Volkes ist er nicht geeignet... Die politischen Führer eines Volkes sind vielmehr, so meine ich, auch moralisch verpflichtet, gewisse Interessen dieses Volkes zu wahren, und sie können das nur, indem sie auf die in der Welt jeweils bestehenden Machtverhältnisse Rücksicht nehmen".

Carstens muß es wissen. Schließlich war er Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, als er die eben zitierten Zeilen schrieb.

Aktuell ist ferner, was der Schriftsteller Carstens zum Bund-Länder-Verhältnis meint. Zu der von ihm als notwendig erkannten "Reform des gesamten Bildungswesens, der Schulen sowohl wie der Hochschulen" stellt er lapidar fest: "Ein Staat, der so organisiert ist, daß die notwendigen Entscheidungen auf einem so wichtigen Sektor wie dem Bildungs- und Hochschulwesen nicht zeitgerecht getroffen werden können, ist falsch organisiert. In diesem Zustand befindet sich leider die Bundesrepublik Deutschland" (S.73).

Für die "Reinhaltung von Wasser und Luft" fordert Autor Carstens als Minimum die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes (S. 99), und er beklagt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1962, wodurch das Bundesgesetz zur Reinhaltung der Bundeswasserstraßen für nichtig erklärt wurde: "Mit keinem Satz ist (in dem Urteil von 1962) davon die Rede, daß die deutschen Ströme mehr und mehr verschmutzen und der Rhein im Begriff ist, eine große Kloake zu werden. Kein Wort wird über die der Volksgesundheit daher drohenden Gefahren verloren" (S. 84)

Das Bundesverfassungsgericht und dem übertriebenen juristischen Denken in der deutschen Politik steht der politische Schriftsteller Karl Carstens überhaupt kritisch gegenüber. Auf Seite 203-204 seines Buches führt er aus:

"Ganz allgemein wird man sagen müssen, daß in der politischen Diskussion in der Bundesrepublik rechtliche Gesichtspunkte eher eine zu große als eine zu geringe Rolle spielen... Zumal in den Bereichen des deutschen Staats- und Verwaltungsrechts gibt es eine Fülle von Entscheidungen unserer obersten Gerichte, die den Aktionsradius der Regierung einschränken... Viele nützliche, ja viele notwendige Schritte unterbleiben, teils weil ein oberstes Gericht in

einer früheren Entscheidung eine solche Maßnahme als unzulässig bezeichnet hat, teils aber auch nur, weil die Regierungsjuristen annehmen, daß die Gerichte eine solche Maßnahme als unzulässig bezeichnen könnten... in dem breiten Mittelstreifen zwischen eindeutig rechtmäßigen und eindeutig rechtswidrigen Entscheidungen sollte in stärkerem Maße als bisher der Vernunft Raum gegeben werden... Man sollte auch dem Bundesverfassungsgericht die Chance geben, hinzuzulernen und etwaige Fehler, die es früher gemacht hat, zu korrigieren".

Heutzutage nimmt Prof. Karl Carstens als CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Kritik am Bundesverfassungsgericht freilich sehr übel und sagt, daß das Karlsruher Urteil zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR "die Grundlage der Oppositionspolitik sein" werde. Außerdem pocht er auf die Resolution des Bundestages vom Mai 1972 zu den Ostverträgen. Zu einer anderen Resolution, nämlich der Präambel zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963, erklärt der Buchautor Carstens indessen unverblümt:

"Damit wurde zwar der Text des Vertrages nicht geändert, aber das Parlament glaubte, auf diese Weise der Bundesregierung rechtlich bindende Richtlinien für die Anwendung des Vertrages erteilen zu können, eine Ansicht, die ich für falsch halte. Nach meiner Auffassung hatte die Präambel keine rechtliche Wirkung, wohl aber legte sie, zumal sie einstimmig beschlossen wurde, der Regierung politische Bindungen auf" (S. 42).

Fazit von alledem: Vor Tische las man vieles anders. Oder auch: Zwei Seelen wohnen, ach, in seiner Brust! Man darf gespannt sein, wie sich Prof. Karl Carstens verhält, wenn der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) wieder in den Mittelpunkt der politischen Diskussion rückt. In seinem Buch nämlich zieht er aus seiner Kritik an der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Vertrag "nicht den Schluß, daß die Bundesrepublik den NVV nicht hätte unterzeichnen dürfen. Ich bin mir der Schwierigkeiten, die mit einer solchen ablehnenden Haltung verbunden gewesen wären, voll bewußt" (S. 254).

Bleibe zu erwähnen, daß es natürlich auch eine Reihe von Punkten gibt, worin der politische Schriftsteller und der Fraktionsvorsitzende Carstens übereinstimmen, z.B. in der Behauptung, die Bundesregierung habe bei der Aushandlung der Ostverträge "alle Trümpfe aus der Hand gegeben". Und gewiß hält Carstens auch heute noch folgende Feststellung aufrecht: "Die These, daß auch Ostberlin zur Bundesrepublik gehöre, ist m.E. unhaltbar" ("Politische Führung", S. 290).

Anton Borghoff
(-/13.11.1973/ks/ex)

+ + +